



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 19 **vom 26. Juni 2006**

Ort: **Kronenmattsaal**

Dauer: **19.30 bis 21.55 Uhr**

Leitung: **M. Metz**

Anwesend: **38 Mitglieder**

Abwesend:

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 18. Sitzung vom 15. Mai 2006 wird genehmigt.

Besonderes: Unter der Leitung von Stephan Ebner und unter Mitwirkung des Präsidenten spielte das Cellophonia-Orchestra verschiedene Stücke vor Beginn der Sitzung.

Präsident:

Protokoll:

Markus Metz

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten

Zwei Austritte aus dem Rat sind zu vermelden: Christoph Meier, SVP, hat seine Demission eingereicht. Er trat am 1.7.2004 dem Parlament bei und war während seiner Amtszeit Stimmzähler und stellvertretendes Mitglied in der Bau- und Planungskommission. Im 2004 war er zudem in der Spezialkommission, die das Vergütungsreglement behandelte. Für die geleistete Arbeit wird ihm bestens gedankt.

Ebenfalls hat Susanne Rysler, Junge Liste, heute ihre letzte Sitzung. Auch sie trat am 1. Juli 2004 ein an Stelle von Claudia Fries. Ihre berufliche Ausbildung und damit verbunden ihr Wegzug zwingt sie zu diesem Schritt. Auch ihr gebührt ein Dankeschön.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

Von A. Braun, SP, liegt eine Anfrage kopiert an den Plätzen. Sie wird am Schluss der Sitzung beantwortet.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2006 bis 30.6.2007	116
2. Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006: Wahl einer Vizepräsidentin / eines Vizepräsidenten des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2006 bis 30.6.2007	117
3. Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006: Wahl GRPK-Präsidium und -Vizepräsidium für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008	118
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006: Kunstrasenfeld für den Tennenplatz beim Spiegelfeld-Schulhaus	99
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006: Pendente parlamentarische Vorstösse (Rückständebericht)	115
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.3.2006 und Bericht der GRPK vom 9.6.2006: Jahresrechnungen 2005	105
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006 und Bericht der GRPK vom 9.6.2006: Jahresbericht 2005	110
8. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats betr. Überweisung vom 6.6.2006: Postulat SP-, Grüne/EVP: Waldkindergarten für Binningens Kinder	103
9. Motion der Grünen/EVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 12.5.2006: Änderung bzw. Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats	113
10. Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats betr. Überweisung vom 6.6.2006: Postulat CVP-Fraktion: Binningen unterstützt Kultur in der Region Basel	112
11. Anfrage / Diverses	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 116**

Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006:

Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2006 bis 30.6.2007Eintreten:

SVP: U. Rediger: Seine Fraktion nominiert Esther Kohl für das Präsidium. Besonders vorstellen muss er sie nicht, ist sie doch schon seit 1997 im Rat und seit mehreren Jahren in der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission aktiv. Sie ist Geschäftsfrau und Mutter einer erwachsenen Tochter. Es gelingt ihr, Politik, Geschäft und Familie unter einen Hut zu bringen.

Präsident M. Metz schlägt vor, währenddem die Stimmen gezählt werden, mit der Eintretensdebatte zu Traktandum 5 zu beginnen.

**://: Als Präsidentin des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2006/07 wird bei einem absoluten Mehr von 19 Stimmen mit 35 Stimmen gewählt:
Esther Kohl Seyfert, SVP**

Präsident M. Metz gratuliert E. Kohl zum glänzenden Wahlergebnis und wünscht ihr alles Gute.

SVP: E. Kohl erklärt Annahme der Wahl und dankt dem Rat für das ausgesprochene Vertrauen.

Traktandum 2**Geschäft Nr. 117**

Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006:

Wahl einer Vizepräsidentin / eines Vizepräsidenten des Einwohnerrats für das Amtsjahr 1.7.2006 bis 30.6.2007Eintreten:

Grüne/EVP: M. Schmidli empfiehlt Urs von Bidder zur Wahl. Er weist eine sehr lange parlamentarische Erfahrung auf, nämlich seit 1994, einige Zeit gemeinsam mit der Jungen Liste. Es ist gleichzeitig eine Referenz an ihn als langjährige engagierte Lehrperson. Er war während sechs Jahren Mitglied der Bau- und Planungskommission. Seit zwei Jahren ist er nun Fraktionsmitglied bei den Grünen Binningen.

Präsident M. Metz beantragt, während der Ermittlung des Wahlergebnisses, das Traktandum 4 in Angriff zu nehmen.

**://: Als Vizepräsident des Einwohnerrats für das Amtsjahr 2006/07 wird bei einem absoluten Mehr von 16 Stimmen mit 24 Stimmen gewählt:
Urs von Bidder, EVP/Grüne**

Traktandum 3**Geschäft Nr. 118**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006:

Wahl GRPK-Präsidium und -Vizepräsidium für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008

Vizepräsidentin E. Kohl: Vor einem Jahr wurde bekanntlich eine Rochade vorgenommen. Es steht nun eine erneute Wahl an.

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* empfiehlt, den im Juni 2004 gewählten Präsidenten der GRPK Markus Metz wieder zu wählen.

SP: *S. Zürcher:* Nachdem Verena Dubi auf das Vizepräsidium verzichtet, wird Fabian Dietiker als Vizepräsident vorgeschlagen.

::: **3.1 Als GRPK-Präsident wird Markus Metz, FDP, in Stiller Wahl für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008 bestätigt.**

3.2 Als GRPK-Vizepräsident wird Fabian Dietiker, SP, für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008 gewählt.

Traktandum 4**Geschäft Nr. 99**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006:

Kunstrasenfeld für den Tennenplatz beim Spiegelfeld-SchulhausEintreten:

EVP/Grüne: *U. von Bidder:* Es ist unbestritten, dass der Platz für die Schule als auch für den Fussballclub nicht sehr brauchbar ist. Vor allem letzterer hätte gern ein weiteres Spielfeld. Im Gegensatz zur Behauptung in der Vorlage trifft es jedoch nicht zu, dass ein Kunstrasenbelag auf dem Tennenplatz allen Benutzerbedürfnissen entgegenkommt. Die Lehrerschaft wurde dazu nie befragt. Der Belag sollte unbedingt allwettertauglich sein. Es müssten auch andere Sportarten, wie Volley- und Basketball usw. möglich sein. Seine Fraktion stellt den Antrag:

Das Geschäft wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen. Insbesondere wird eine Abklärung der Bedürfnisse bei allen Betroffenen: Lehrerteams der Primar- wie auch der Sekundarschule und bei den verschiedenen Sportvereinen, die den Sportplatz Spiegelfeld und die Turnhallen benutzen, verlangt. Es muss der Einbau von verschiedenen andern Belägen geprüft werden.

FDP: *W. Müller* teilt diese Ansicht nicht. Ein Kunstrasen bietet am meisten Möglichkeiten für die verschiedenen Sportarten. In Binningen trainieren nicht weniger als 24 Fussballmannschaften. Er möchte jedoch klar darauf hinweisen, dass es nicht zur Regel werden darf, dass nicht ausgeschöpfte Kredite aufgebraucht werden. In konkreten Fall macht es jedoch Sinn. Der Antrag des Gemeinderats wird unterstützt.

SP: *D. Migliazza:* Der Tennenplatz dient primär als Pausenplatz. Anstatt alle paar Jahre den Platz zu sanieren, ist es sinnvoller, den Platz zu erneuern. Das Geld ist im Übrigen bereits vorhanden. Ihre Fraktion hat aber Vorbehalte gegen einen weiteren Kunstrasen, der nur mit sauberen Schuhen betreten werden darf, was für einen Pausenplatz illusorisch ist. Eine nicht repräsentative Umfrage

bei Schüler/innen und Turnlehrer/innen hat ergeben, dass ein Mehrzweckbelag bevorzugt wird. Aus diesem Grund schliesst sich ihre Fraktion dem Rückweisungsantrag an.

SVP: *U. Weber* befürwortet für seine Fraktion den Antrag des Gemeinderats. Wesentlicher Vorteil: Der Kunstrasen kann auch in Regenperioden bespielt werden.

SP: *V. Dubi* hält fest, dass Fussball nach wie vor Männersache ist. Die Mädchen wurden einmal mehr vergessen. Es muss geprüft werden, welche Alternativen bestehen, damit der Platz für alle benutzbar ist.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* wehrt sich gegen den Vorwurf, die Bedürfnisse seien ungenügend abgeklärt worden. Im vergangenen Jahr fand eine Begehung bei den Schulhäusern statt. Die Lehrerschaft war durch den Schulrat vertreten. Der für Sport zuständige Gemeinderat Joset und Angestellte der Verwaltung nahmen ebenfalls teil. Dabei wurde für den Tennenplatz ein Kunstrasen als beste Variante erachtet. Im Zusammenhang mit dem Budget 2007 fand vor knapp einem Monat erneut im Beisein der Schulleitung eine Begehung statt. Dabei wurde dieser Entscheid bestätigt. Einigkeit darüber herrscht, dass der Platz in der heutigen Form bei schlechtem Wetter nicht brauchbar ist. Ab nächster Saison wollen 300 Knaben und Mädchen Fussball spielen. Wenn diese Sportart für alle zugänglich ist, muss dringend ein neues Gebäude mit getrennten Duschen und Umkleidekabinen erstellt werden. Kunstrasen ist auch als Pausenspielplatz geeignet, dies beweist der Spielplatz beim Margarethen-Schulhaus. Der künftige Platz darf wegen der Verschmutzung kein Granulat mehr enthalten. Der Unterbau beim Tennenplatz ist vorhanden; deshalb kommt die Erneuerung günstig zu stehen. Unglücklicherweise wird erst morgen ein namhafter Beitrag von der Regierung gesprochen werden. Der damals bewilligte Kredit wird jedenfalls nicht ausgeschöpft.

SP: *G. Löhr* hält fest, dass sie bei der Begehung nicht dabei war. Eine Delegation des Sekundarschulrats hat zwar teilgenommen; soweit sie informiert ist, wurden dabei nur die Schulhäuser begutachtet.

SP: *G. Köhler* gibt zu bedenken, dass derzeit Fussball wegen der WM zwar hoch im Kurs steht; doch ändern sich die Wünsche der Schüler/innen erfahrungsgemäss alle paar Jahre.

FDP: *G. Metz* hätte erwartet, dass der Gemeinderat einen Alternativbelag zu Kunstrasen aufzeigt.

Gemeinderat M. Joset: Das Begehren für einen anderen Belag ist schon mehrfach im Zusammenhang mit dem Budget von der Schulleitung gestellt worden. Wichtig ist, dass die Sportplätze bei den Schulhäusern auch für Freizeitaktivitäten zur Verfügung stehen. Neben der Schwimmhalle besteht ein Platz mit einem Tartanbelag, welcher künftig ausschliesslich für andere Sportarten wie Volleyball reserviert werden könnte.

Der Rückweisungs-Antrag der Grünen/EVP-Fraktion wird mit 18 Ja, 17 Nein bei 3 Enthaltungen angenommen.

://: **Das Geschäft wird zur Prüfung von alternativen Belägen zu Kunstrasen an den Gemeinderat zurückgewiesen.**

Traktandum 5**Geschäft Nr. 115**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.6.2006

Pendente parlamentarische VorstösseEintreten:

EVP/Grüne: *U. von Bidder* ist enttäuscht über die Aussage im Zusammenhang mit der Motion der FDP betreffend Paradiesstrasse, wonach der Gemeinderat die Trasseefreihaltung für eine Südumfahrung als Option offen halten will.

FDP: *M. Ziegler* findet diesen Entscheid im Gegenteil lobenswert. Dies bedeutet nicht, dass die Südumfahrung gebaut wird. Es könnte durchaus auch eine S-Bahn sein.

SP: *G. Löhr* findet es ebenfalls positiv, dass diese Option grundsätzlich besteht, wobei ihre Fraktion eine S-Bahn klar bevorzugen würde.

Stellungnahme des Gemeinderats: entfällt

://: Es werden keine Vorstösse als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 6**Gesch. Nr. 105**

Bericht Antrag des Gemeinderats vom 21.3.2006 und Bericht der GRPK vom 9.6.2006:

Jahresrechnungen 2005

GRPK-Präsidentin V. Dubi dankt vorab allen, die an der Rechnung mitgewirkt haben. Es steckt viel Arbeit dahinter, welche sehr geschätzt wird. Rechnung und Jahresbericht werden definitiv letztmals in dieser Form präsentiert. Noch selten waren sich die Kommissionsmitglieder derart einig, allerdings war es auch ein sehr gutes Jahr für die Gemeinde. Aus 3 Mio. budgetiertem Mehraufwand ergaben sich letztlich 4 Mio. Aufwandüberschuss. Deshalb waren mehr Abschreibungen und weitere Vorfinanzierungen an anstehende Projekte möglich. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 1630 % unglaublich hoch, bekanntlich weil weniger als geplant investiert werden konnte. Voraussichtlich ist es erst in zwei Jahren opportun, dass über den Steuersatz diskutiert werden muss. Das gute Resultat kam einmal mehr wegen höherer Steuereinnahmen als erwartet zustande. Ärgerlich ist, dass es wegen der Einsparungen weder beim Schlossparkprojekt noch beim Kronenplatz im vergangenen Jahr wirklich vorwärts ging.

Diskutiert wurde in der Kommission nicht zuletzt über die hohen Busseneinnahmen. Einerseits sind diese gerechtfertigt, andererseits sollte das Geld, so wurde angeregt, dafür verwendet werden, dass keine gravierenden Geschwindigkeitsüberschreitungen mehr möglich sind. Die GRPK unterstützt die Anträge des Gemeinderats.

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler:* Der gute Rechnungsabschluss wie auch der Finanzplan beweisen, dass die Steuerensenkung letztes Jahr gerechtfertigt war. Der Überschuss von 4 Mio. Franken ist nicht das Resultat von Sparbemühungen, sondern von unerwartet hohen Steuererträgen. Deshalb muss dazu Sorge getragen werden, dass die Gemeinde dank nachhaltiger Finanzpolitik für gute Steuerzahler/innen attraktiv bleibt. Zu den Ausgaben ist festzuhalten, dass die Gemeinde sukzessive mehr Geld für die gleichen Dienstleistungen ausgibt. Den Anträgen des Gemeinderats wird seine Fraktion folgen.

SP: *F. Dietiker* findet es erfreulich, dass die Rechnung auch für letztes Jahr wieder gut abschliesst. Grund: wie erwähnt unvorhersehbar hohe Steuereinnahmen; diese werden sich in Zukunft jedoch

auf niedrigerem Niveau einpendeln. Die getätigten Nettoinvestitionen fallen rund 8 Mio. tiefer aus als die Budgetvorgabe. Der Gemeinderat wird gebeten, künftig bei Grossprojekten frühzeitig den Dialog mit möglichen Einsprechenden zu suchen, um ärgerliche Verzögerungen zu vermeiden. Es wird im Leistungszentrum 3 ein grosses Arbeitsvolumen anfallen; daher bittet seine Fraktion den Gemeinderat, wenn möglich vorübergehend zusätzliche Arbeitskapazitäten zu schaffen. Dass den Tempolimiten mit vermehrten Polizeikontrollen Nachachtung verschafft wird, ist positiv, geht es doch um die Sicherheit der Fussgänger/innen. Der Aufwand, Investitionen nicht eingerechnet, ist in den letzten fünf Jahren erfreulicherweise rückläufig. Er bittet den Gemeinderat noch folgende Frage zu beantworten: der Betrag für nachträgliche Pikettenschädigungen von 170'000 Franken ist nicht nachvollziehbar, er kommt auf eine Summe von 213'500 Franken. Abschliessend dankt er Gemeinderat und Verwaltung. Die Anträge werden gutgeheissen.

CVP: *K. Amacker:* Der hohe Selbstfinanzierungsgrad bestätigt den wiederum sehr guten Rechnungsabschluss. Ausgiebig konnten Rückstellungen und Abschreibungen vorgenommen werden. Die Steuersenkung erweist sich als richtig. Positiv vermerkt wird, dass die Personalkosten nur marginal gestiegen sind. Auch ihre Fraktion bedauert sehr, dass die Investitionen nicht planmässig vorgenommen werden konnten. Durch die zeitliche Verzögerung werden sie nicht günstiger, obschon sich dieser Umstand nicht direkt auf die Rechnung auswirkt. Ihre Fraktion wird der Vorlage ebenfalls zustimmen.

SVP: *U. Rediger* schliesst sich den Vorvoten an. Die Steuersenkung war richtig, es stellt sich die Frage, ob diesbezüglich noch ein weiterer Schritt getan werden sollte. Er knüpft an die Aussage von V. Dubi betreffend Busseneinnahmen an. Seines Erachtens wird jenen Verkehrsteilnehmern zu wenig Rechnung getragen, die berufsmässig unterwegs sein müssen. Er bedankt sich ebenfalls für die gute Arbeit und hält fest, dass seine Fraktion die Anträge befürwortet.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer:* Selbstverständlich ist auch er zufrieden mit dem Abschluss. Der geringe Überschuss in der Erfolgsrechnung ist gesteuert. Der Cash-flow wurde für zusätzliche Abschreibungen und Vorfinanzierungen verwendet. Die positiven Ertragsverbesserungen werden sich in Zukunft nicht wiederholen, weil das Berechnungsmodell immer genauer wird. Mit dem Budget 2008 ist mit einem ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad zu rechnen. Zur Frage betreffend Pikettenschädigungen: Es trifft zu, dass auf Seite 2 das Total falsch ist. Es sind effektiv 213'500 Franken. Er bittet, das Versehen zu entschuldigen.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://:	6.1 Ergebnisverwendung		
	Folgende Verwendungen des Brutto-Überschusses 2005 werden genehmigt:		
	6.1.1 Einlage in den Kulturfonds	CHF	9'000
	6.1.2 Zusätzliche Abschreibungen		3'820'537
	6.1.3 Entnahmen aus Vorfinanzierungen		383'176
	6.1.4 Einlagen für Vorfinanzierungen		694'177
	6.1.5 Zuweisung an das Eigenkapital		653

://:	6.2 Die Gemeinderechnungen 2005 werden wie folgt genehmigt:	
	6.2.1 Bestandesrechnung	
	Aktiven	CHF 52'474'149
	Passiven	52'473'496
	6.2.2 Laufende Rechnung	
	Aufwand	63'219'769
	Ertrag	63'220'422
	Ertragsüberschuss	653
	6.2.3 Investitionsrechnung	
	Ausgaben	4'531'664
	Einnahmen	1'649'225
	Nettoinvestitionen	2'882'439

Traktandum 7**Gesch. Nr. 110**

Bericht Antrag des Gemeinderats vom 25.4.2006 und Bericht der GRPK vom 9.6.2006:

Jahresbericht 2005

GRPK-Präsidentin V. Dubi hat keine Bemerkungen zum Jahresbericht ausser, dass er kürzer und leserfreundlicher geworden ist.

Detailberatung:

SP: *A. Braun* weist darauf hin, dass auf Seite 7 beim Gemeindearbeitsamt eine Zahl zu korrigieren ist. Ende 2005 waren nicht 310 sondern 334 Personen stellenlos. Der Prozentsatz für Binningen ist laut Statistischem Amt im kantonalen Vergleich leicht höher, er betrug 3.4 %. Auf Seite 26 werden die Aktivitäten des Jugendhauses erwähnt. Dazu wäre zu ergänzen, dass letztes Jahr im Juha gewisse Schulprojekte durchgeführt worden sind, beispielsweise ein Antitabak-Projekt für die zweite Sekundarschulklasse. Besonders freut ihn, dass Binningen nun offiziell eine urwaldfreundliche Gemeinde ist. Auf Seite 41 finden sich Aussagen zur Energieversorgung. Derzeit stammen rund 10 % aus umweltfreundlicher Energie und 90 % aus Wasserkraft und Kernenergie. Anzustreben ist die Umkehr dieses Verhältnisses.

EVP/Grüne: *U. von Bidder* hat den Eindruck, dass die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit positiv wahrgenommen wird. Im Übrigen ist ihm aufgefallen, dass die Behebung von Wasserschäden durch die Feuerwehr markant abgenommen hat. Interessieren würde ihn, ob das Zufall ist, oder ob dies in einem Zusammenhang steht mit der Übernahme der Wasserversorgung durch die IWB. Bedenklich findet er, dass offenbar Mitglieder der Feuerwehr von Binningen wegziehen müssen, weil sie keine günstige Wohnung finden. Er vermisst eine Erwähnung der Freizeitwerkstatt. Offenbar wurde ein Bauminventar erstellt. Er möchte gerne erfahren, ob und wo dieses eingesehen werden kann. Das Problem mit wilden Abfalldeponien ist seines Erachtens eine Negativfolge der Abfallvignette. Er wünscht, dass die Senkung der Basisgebühr erwogen wird, d. h. eine günstigere Vignette, geprüft wird.

Stellungnahmen des Gemeinderats: *M. Joset* beantwortet die Frage bezüglich Freizeitwerkstatt: Mit dem Budget 2006 wurde beschlossen, diese in die übrigen Kurse zu integrieren. Entsprechend können erst im nächsten Jahresbericht Angaben gemacht werden.

Gemeinderätin A. Schuler: Zum Bauminventar ist festzuhalten, dass der Auftrag Anfang dieses Jahrs erteilt worden ist. Die eigentliche Aufnahme des Inventars findet diesen Monat statt. Deshalb sind erst zu einem späteren Zeitpunkt Aussagen möglich.

C. Simon kann die Frage betreffend Abnahme der Wasserschäden nicht sofort beantworten. Er muss dies abklären lassen. Was das Littering anbelangt, wäre eine Senkung der Gebühren der falsche Weg. Hingegen werden zusätzliche Massnahmen geprüft, um das Problem unter Kontrolle zu bekommen.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Der Jahresbericht 2005 wird genehmigt.

FDP: *G. Metz* stellt aufgrund des wichtigen Fussballmatches den Antrag auf Abbruch der Sitzung und Verschieben der drei verbleibenden Traktanden auf die August-Sitzung.

SP: *V. Dubi* weist darauf hin, dass mindestens die Anfrage noch heute beantwortet werden muss.

://: Der Antrag auf Abbruch der Sitzung wird mit 12 Ja, 16 Nein bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 103

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats betr. Überweisung vom 6.6.2006:

Waldkindergarten für Binningens Kinder

Eintreten:

SP: *F. Dietiker* bedankt sich für die rasche Stellungnahme, mit welcher seine Fraktion allerdings nur zum Teil zufrieden ist. Offenbar sind die Kindergärtnerinnen nicht um ihre Meinung zum Thema befragt worden. Es wäre durchaus denkbar, dass sie sich einem Waldkindergarten gegenüber aufgeschlossen zeigen würden. Der Gemeinderat macht es sich zu einfach, wenn er die Frage 2 mit dem Hinweis auf die nicht vorhandene Weisungsbefugnis bezüglich Lehrplan abtut. Tatsache ist, dass viele Kinder unter Bewegungsmangel leiden und jedes fünfte Kind übergewichtig ist. Auch ist das Argument, dass in Binningen keine Nachfrage von Seiten der Eltern bestehe, unzutreffend. Er bittet deshalb den Gemeinderat, das Anliegen vertieft abzuklären. Aus diesem Grund ist das Postulat zu überweisen aber nicht abzuschreiben.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* findet Waldkindergärten eine prima Einrichtung. Gemäss einer Umfrage im Binninger Anzeiger vom 16.12. bis 30.12.2004 würden 38 % der Befragten einen solchen begrüßen. Deshalb bestehen Zweifel an der Aussage des Gemeinderats, es seien keine diesbezüglichen Wünsche eingegangen. Es ist bedauerlich, dass keine Bedürfnisabklärung vorgenommen worden ist. Ihr eigenes Kind war im letzten Jahr kein einziges Mal mit dem Kindergarten im Wald, dabei wäre dies ein idealer Lernraum. Die Einführung eines Waldtags bzw. -woche im Regelkindergarten würde sie deshalb sehr begrüßen. Das Thema ist zu wichtig, um ad es acta zu legen. Der Vorstoss ist zu überweisen.

FDP: *P. Treuthardt* gibt bekannt, dass sich seine Fraktion den Anträgen des Gemeinderats anschliesst. Der Verein "Waldschule Region Basel" hat im 2001 eine Umfrage bei Gemeinden im Kanton durchgeführt. Stichproben bei 364 Lehrpersonen ergaben ein negatives Resultat; wenn

schon bestünde eher der Bedarf für eine Waldprimarschule. Wie kürzlich in der Zeitung zu lesen war, eröffnet der Verein Waldkindergarten Mitte August einen solchen im Allschwilerwald. Wobei gerade bei diesem Wald bekanntlich bereits eine Übernutzung besteht, was zu ökologischen Problemen führt.

SP: *F. Dietiker:* Die vom Vorredner zitierte Studie aus dem Jahr 2001 ist überholt. Diejenige betreffend Bewegungsmangel ist dagegen topaktuell. Als Forstingenieur kann er beurteilen, dass die Einrichtung eines Kindergartens im Allschwilerwald nicht zur ökologischen Katastrophe führt. Der freie Zutritt zum Wald steht nun mal auch laut Gesetz allen offen und spielt gerade in unserer dicht besiedelten Agglomeration eine wichtige Rolle. Das Postulat fordert keine Konkurrenz zum demnächst eröffneten privaten Waldkindergarten, sondern zielt darauf ab, diese Idee im Rahmen des normalen Schulunterrichts einzubauen.

SVP: *C. Meier* hält fest, dass sein Kind mehrmals mit dem Kindergarten im Wald war. Seine Fraktion ist für Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* kommentiert, dass über Waldkindergärten offenbar die unterschiedlichsten Vorstellungen existieren. In Biel-Benken, beim Oser-Denkmal, kann ein solches Pilotprojekt besucht werden. Tatsache ist, dass der Platz über ein mobiles WC, eine Materialkiste, und eine Blache gegen Regen verfügt. Am Nachmittag findet der Unterricht in einer Gemeindeunterkunft statt. Die Institution musste selbstverständlich vom Gemeinderat, vom Amt für Volksschule sowie vom Revierförster genehmigt werden. Der Vorstoss entspricht inhaltlich vielmehr einer Interpellation als einem Postulat und enthält keinen Auftrag. Der Gemeinderat ist verpflichtet, rasch eine Stellungnahme abzugeben. Die Frist reichte nicht für vertiefte Abklärungen. Die Frage, ob ein Waldkindergarten denkbar ist, kann mit ja beantwortet werden. Der Bürgerrat muss jedoch ebenfalls einverstanden sein. Auch letzterer nimmt eine positive Haltung ein. Es wären jedoch noch verschiedene Abklärungen vorzunehmen.

FDP: *M. Ziegler* meint, dass diese Aussage im Widerspruch steht zu dem, was in der Stellungnahme steht. Dort ist nachzulesen, dass der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt die Idee nicht weiter verfolgen will.

SP: *G. Köhler* bemerkt, dass der Gemeinderat die Fragen beantwortet und eine Bestandesaufnahme vorgenommen hat. Das heisst nicht, dass beispielsweise in zwei Jahren nicht darauf zurückgekommen werden kann.

Mit 22 Ja und 14 Nein wird beschlossen:

://: Das Postulat "Waldkindergarten für Binningens Kinder" wird an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.
--

Traktandum 9

Motion der Grünen EVP und Mitunterzeichnende vom 12.5.2006:

Änderung bzw. Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats

Gesch. Nr. 113

Eintreten:

SP: *S. Bräutigam:* Ihre Fraktion beantragt, das Geschäft nicht materiell zu behandeln, sondern zur Vorberatung an das Büro des Einwohnerrats zu überweisen. Dieses soll seinerseits einen Antrag auf Nicht-/Überweisung dem Plenum unterbreiten. Interessieren würde, welche Regelung andere Parlamente für solche Fälle vorsehen und welche Vor- und Nachteile mit der Ergänzung der Geschäftsordnung verbunden sind.

SVP: *U. Rediger* vertritt die Auffassung, dass über die Motion diskutiert werden soll. Präzisiert werden müssten zum Beispiel auch Formulierungen, wie "aufgrund von Vorkommnissen" bzw. was ist unter "schwerwiegenden Gründen" zu verstehen. Für seine Fraktion ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Regelung nur für die GRPK und die BPK gelten würde und weshalb nicht auch für die Schulräte, Vormundschafts- sowie Sozialhilfebehörde. Es kann nicht sein, dass die Kommissionen unterschiedlich bewertet werden und laut Motion nur in den beiden einwohnerrätlichen Kommissionen integere und kompetente Personen sitzen sollen. Die vorhandene Regelung ist völlig ausreichend. Bereits heute können von der Fraktion Umbesetzungen während einer Amtszeit vorgenommen werden. Diese kann die Initiative ergreifen und bei Vorliegen von "schwerwiegenden Gründen" ein Mitglied zurückziehen oder demokratisch in Absprache mit den anderen Fraktionen. Seines Erachtens entspricht dies dem richtigen Vorgehen, nämlich dass solche Angelegenheiten direkt angegangen werden und nicht über eine geänderte Geschäftsordnung geregelt werden. Deshalb plädiert er für Nichtüberweisen der Motion.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* ist gegen den Antrag der CVP. Die Überweisung an das Büro ist nicht notwendig. Heute Abend kann das Plenum im Grundsatz darüber entscheiden, ob ein gewähltes Mitglied vor Ablauf der Amtszeit seines Amtes enthoben werden kann oder nicht. Stimmt der Rat diesem Vorgehen grundsätzlich zu, kann das Büro die konkrete Formulierung des entsprechenden Paragraphen ausarbeiten. Der im Antrag formulierte Satz ist ein Vorschlag. Ihres Erachtens ist es nicht zulässig, die Änderung auch auf die übrigen, vom Stimmvolk, gewählten Kommissionen auszuweiten. Es soll eine Möglichkeit für den Fall geschaffen werden, wenn eine korrekte Amtsführung nicht mehr gewährleistet ist und von den übrigen Parlamentarier/innen nicht mehr verantwortet werden kann.

FDP: *M. Ziegler* erklärt, dass seine Fraktion zum Schluss gekommen ist, dass eine vorgängige Abklärung durch das Büro nicht notwendig ist, wie sie von der CVP beantragt wird. Der Rat kann direkt entscheiden, ob darauf einzutreten ist oder nicht.

Präsident M. Metz lässt über den Antrag der CVP abstimmen, welcher einer Rückweisung an das Büro gleichkommt, welches darüber zu befinden hätte, ob der Rat sich mit der Motion befassen soll oder nicht.

://: Der Antrag der CVP-Fraktion auf vorgängige Überweisung der Motion an das Büro des Einwohnerrats wird mit 4 Ja, 27 Nein bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident M. Metz erläutert, dass der Rat nun darüber befinden muss, ob er auf die Motion überhaupt eintreten will und zur materiellen Behandlung an das Büro oder an eine Spezialkommission überweisen will.

SVP: *U. Rediger* betont nochmals, dass die Fraktionen heute bereits die Möglichkeit haben, ein Mitglied aus einer Kommission abzuberufen.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* hakt ein, dass diese Möglichkeit nicht allein der Fraktion vorbehalten bleiben soll, sondern dass auch das Plenum ein Instrument zur Abwahl erhält. Zudem ist festzuhalten, dass intensive Gespräche zwischen den Fraktionen als auch persönlich mit dem betreffenden Mitglied stattgefunden haben. Es wurde mit offenen Karten gespielt.

SP: *S. Zürcher* hat den CVP-Antrag unterstützt, weil er wünscht, dass vorgängig folgende Fragen geklärt sind: Wäre es wirklich möglich, dass der Einwohnerrat, welcher gemäss Gemeindeordnung stellvertretend für das Volk die Behörden wählt, ein Mitglied beliebig abberufen könnte. Seines Erachtens ist dem nicht so, sondern die geänderte Regelung käme ausschliesslich für einwohnerrätliche Kommissionen zur Anwendung.

FDP: *M. Ziegler:* Seine Fraktion kann sich nur einen abstrakten Fall vorstellen, da eine Änderung der Geschäftsordnung von Vorteil sein könnte, wenn z. B. ein Mitglied geistig erkrankt und reden allein zu keinem Rücktritt führen würde. Die Regelung müsste zudem auch für die Behörden Gültig-

keit haben, wie U. Rediger argumentiert hat. Wenn jedoch der Rat politischen Druck ausüben kann, so können Behördenmitglieder nicht mehr unabhängig arbeiten, was als überaus problematisch angesehen wird, weil Missbräuche möglich sind. Die Motion soll nicht überwiesen werden.

Mit 10 Ja, 21 Nein bei 5 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Der Antrag auf Überweisung der Motion "Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats" wird abgelehnt.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 112

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 6.6.2006 betr. Überweisung: Postulat CVP-Fraktion:

Binningen unterstützt Kultur in der Region Basel

SVP: M. Trautwein: Die Zielrichtung der Antwort des Gemeinderats zum Postulat wird von seiner Fraktion begrüsst. Es soll Transparenz geschaffen werden und es soll dargelegt werden, wer wem wieviel bezahlt und wie die Entwicklung in den vergangenen Jahren verlief. Die angestrebte Koordination auch mit dem Kanton ist wichtig. Der Vorstoss soll überwiesen werden.

Grüne/EVP: R. Bänziger erwähnt, dass sie bekanntlich bei der Budgetdebatte vorgerechnet hat, dass Basel-Stadt die Binninger Theaterbesucher/innen mit über einer Mio. Franken subventioniert. Ihr damals gestellter Antrag, dem Theater 100'000 zu bezahlen wurde leider abgelehnt, ebenso der gemeinderätliche Antrag, den Gesamtbeitrag für Kultur von 70'000 auf 100'000 Franken zu erhöhen. Hätte das Parlament anders entschieden, würde sich das vorliegende Postulat erübrigen. Das gleiche Begehren wird sie beim Budget 2007 erneut stellen. Wenn die CVP ihre Unterstützung gibt, stehen die Chancen gut, um sich in der Region Ansehen und Wohlwollen zu verschaffen.

SVP: U. Rediger kontert, dass diese Optik zu einseitig ist. Die Binninger Theaterbesucher/innen bezahlen dem Theater immerhin eine halbe Million Franken an Abonnementsgebühren.

FDP: G. Metz: Das Postulat enthält zwei Aspekte: Einerseits geht es um die Koordination der Leistungen der Vorortsgemeinden; andererseits geht es um angemessene Beiträge an die kulturellen Institutionen. Die Koordination wird bejaht, da sie sinnvoll ist. Bezüglich der Beiträge ist die Diskussion wiederum im Rahmen der Budgetdebatte zu führen. Auch wenn seine Fraktion das Postulat überweisen will, darf daraus nicht abgeleitet werden, dass sie die Beiträge grundsätzlich erhöhen wird.

SP: T. Rehmann zeigt sich erfreut, dass die CVP-Fraktion seit der letzten Budgetdebatte einen Sinneswandel vollzogen hat. Und zum Argument von U. Rediger ist zu sagen, dass dieses widerlegt worden ist. Tatsache ist, dass die Plätze der Binninger Theaterbesucher/innen von der Stadt subventioniert werden.

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* fasst das Postulat nicht allein als Auftrag an die Exekutive auf, sondern als Appell an den Einwohnerrat selber. Im Jahresbericht wird jährlich aufgeführt, welche Institution welchen Beitrag erhielt. Der Gemeinderat hat auch mit dem Budget dekklariert, welchen Betrag er als angemessen erachtet. Auch was die Koordination mit anderen Gemeinden und den Kanton betrifft, ist die Diskussion bereits vor einiger Zeit angelaufen mit dem Ziel, eine bessere Koordination zu erreichen. Das Konzept ist erstellt, ein Kriterienkatalog liegt vor. Die Arbeitsgruppe kann jedoch nur Empfehlungen abgeben, welche gut begründet sein müssen.

Mit 32 Ja bei 3 Enthaltungen wird beschlossen:

://: Das Postulat "Binningen unterstützt Kultur der Region Basel" wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 11

Diverses: Anfrage von A. Braun, SP: Giftstoffe im Trinkwasser

1. Hatte der Gemeinderat Kenntnis davon, dass unser Trinkwasser seit mehreren Jahren geringe Mengen von Giftstoffen enthält?
2. Die Gemeinde Binningen hat die Wasserversorgung vor wenigen Jahren den IWB übertragen. Kann er trotzdem Einfluss nehmen auf die Herkunft des Trinkwassers?
3. Ist die Gemeinde in der Werkkommission der IWB vertreten? Wäre es andernfalls nicht angezeigt, eine solche Vertretung anzustreben?
4. Wie stellt sich der Gemeinderat zur Informationspolitik von Hardwasser AG und IWB im Zusammenhang mit der Frage der Trinkwasserqualität? Wie schätzt der Gemeinderat die Aufsichtsfunktion der kantonalen Instanzen ein?
5. Ist der Gemeinderat bereit, die Öffentlichkeit regelmässig über den Stand der Untersuchungen zur möglichen Sanierung der grundwasssergefährdenden Deponien zu berichten?

Gemeinderätin A. Mati antwortet:

Ad 1: Nein. Anlässlich der Generalversammlungen der Hardwasser AG in den letzten Jahren ist das Thema Verunreinigung immer wieder aufgegriffen worden. Es wurden Gutachten präsentiert, welche die Sache relativiert bzw. verneint haben. Zwei Aspekte standen im Vordergrund: Erstens die so genannte Theorie des Grundwasserberges, nämlich eine konstante Anreicherung vom Grundwasser im Gebiet der Brunnfassungen. Dies soll das Eindringen von verschmutztem Grundwasser verhindern. Zweitens: Die Fliessrichtung des Grundwassers im Bereich der Deponien geht nicht in Richtung der Grundwasser-Fassungen.

Ad 2: Eine Einflussnahme ist nur zum Teil möglich. Die Gemeinde Binningen ist Aktionärin der Hardwasser AG. Die Kantone Basel-Stadt und Baselland haben einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Wasserversorgung von Basel und Umgebung durch die IWB zu 50 % der Wassergewinnung ab Hardwasser erfolgen muss. Die Leistungsvereinbarung zwischen den IWB und Binningen schreibt vor, dass das Trinkwasser einwandfrei sein muss, d. h. den Vorschriften der eidgen. Lebensmittelverordnung entsprechen müssen. Dies ist offiziell der Fall. Im Übrigen liegen die festgestellten Stoffe noch weit unter den erlaubten Grenzwerten und somit im Toleranzbereich. Auch ist noch nicht zweifelsfrei erwiesen, dass das Gift aus den umliegenden Deponien stammt.

Ad 3: Binningen ist in der Werkkommission der IWB nicht vertreten. Dies war bis Ende 2004 der Fall, jetzt ist es das zuständige GR-Mitglied aus Bottmingen

Ad 4: Inzwischen ist bekannt, dass die Informationen durch die Hardwasser AG nicht umfassend resp. nicht genau waren, da über Spuren von Giftstoffen im Nanobereich nicht orientiert wurde, angeblich um die Bevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen. Die Befunde müssen ernst genommen werden. Deshalb ist es richtig, dass Langzeit-Untersuchungen der Brunnen und Schutzwasserzonen im Gebiet der Hard eingeleitet worden sind. Die Ergebnisse werden Aufschluss geben. Gemäss Aussagen des Kantonschemikers Baselland wird dies vor Abschluss des Monitorings der Fall sein, wenn die Laborwerte Giftstoffe ausweisen. Zur Aufsichtsfunktion des Kantons kann sie wenig sagen, weil die Verantwortung dort liegt und kaum Details bekannt gegeben werden. Grundsätzlich ist

das Amt für Umweltschutz und Energie für Deponien und Grundwasser zuständig, das kantonale Labor hat die Oberaufsicht über das Trinkwasser.

AD 5: Der Gemeinderat wird die rasche Durchführung der eingeleiteten Untersuchungen und die Bekanntgabe der Ergebnisse bei den IWB beantragen, damit bald Klarheit herrscht über das weitere Vorgehen und die tatsächlichen Gefahren. Die kantonalen Laboratorien haben versprochen, die Öffentlichkeit umfassend zu orientieren.

M. Metz schliesst die Sitzung und verabschiedet sich als Präsident und wünscht allen Mitgliedern eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung Ende August. Die Anwesenden sind nun zum Apéro eingeladen.